

# Europa in den Medien

Hans-Jörg Trenz

Im Rahmen der Selbstverpflichtung der EU zu Demokratie und Transparenz ihrer Institutionen und Entscheidungsprozesse, spielen die Nachrichtenmedien eine unentbehrliche Funktion in der Vermittlung und Kontrolle europäischer Politik. Über die Presse sollen die BürgerInnen über tagespolitische Entscheidungen in Brüssel informiert werden. Zugleich sollen die Medien eine differenzierte und plurale Meinungsbildung über Europapolitik und ihre EntscheidungsträgerInnen als Grundvoraussetzung für politische Teilnahme ermöglichen, beispielsweise, wenn zur Wahl des Europäischen Parlaments (EP) aufgerufen ist. Allerdings ist diese mediale Vermittlungs- und Kontrollfunktion im differenzierten Mehrebenensystem der EU ungleich schwerer zu erfüllen. Im Gegensatz zu den nationalen Regierungen können sich die europäischen Institutionen nur bedingt dem Sprachrohr einer einheitlichen medialen Öffentlichkeit bedienen, vor allem in Ermangelung einer für alle verständlichen Sprache. Stattdessen müssen sich die EU-Institutionen auf das Glücksspiel einer indirekten, über nationale Öffentlichkeiten gebrochenen Vermittlung europäischer Politikinhalte einlassen und um die Aufmerksamkeit nationaler Medien buhlen. Das Verhältnis zwischen der EU und den Medien gilt deshalb als schwierig.<sup>1</sup> EU-Entscheidungsakteure klagen über die unvollständige, fehlerhafte und einseitige europapolitische Berichterstattung in den nationalen Medien, die oftmals einseitig Negativschlagzeilen zum Brüsseler Politikgeschehen produzieren.<sup>2</sup> Für die Medienakteure selber stellt sich das Problem der Komplexität der Europapolitik, welche nur schwer vermarktungsfähig ist.<sup>3</sup> Die Defizite in der medialen Vermittlung europäischer Politik werden deshalb in der Europafor schung als wichtiger Erklärungsfaktor für die Indifferenz, die Unkenntnis und den wachsenden Euroskeptizismus der BürgerInnen gegenüber der EU herangezogen.<sup>4</sup>

## Die Realität medialer Berichterstattung zu Europa

Die europäische Öffentlichkeitsforschung liefert demgegenüber ein differenzierteres Bild zur Lage der europapolitischen Berichterstattung. In einer Vielzahl von Einzelstudien zur Performanz der Nachrichtenmedien konnte ein schleichender Prozess der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten nachgewiesen werden.<sup>5</sup> Parallel zur Differenzierung des europäischen Regierens hat sich auch die Öffentlichkeit differenziert und auf die Herausforde-

- 
- 1 Klaus Eder et al.: *Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa*, in: *Regieren in entgrenzten Räumen*, Wiesbaden 1998, S. 321–343.
  - 2 Charlotte Galpin/Hans-Jörg Trenz: *Die Euroskeptizismus Spirale: EU-Berichterstattung und Medien-Negativität*, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 1/2018, S. 147–172.
  - 3 Asimina Michailidou/Hans-Jörg Trenz: *EU Differentiation, Dominance and the Control Function of Journalism*, in: *Arena Working Paper* 1/2020.
  - 4 Catherine De Vries: *Euroscepticism and the future of European integration*, Oxford 2018; Simona Guerra /Hans-Jörg Trenz: *Citizens and Public Opinion in the European Union*, in: Michelle Cini/Nieves Pérez-Solórzano Borrágán (Hrsg.): *European Union Politics*, Oxford 2019, S. 219–232.
  - 5 Thomas Risse (Hrsg.): *European Public Spheres: Politics Is Back*, Cambridge 2014; Hans-Jörg Trenz: *Media coverage on European governance: Exploring the European public sphere in national quality newspapers*, in: *European Journal of Communication* 3/2004, S. 291–319; Hartmut Wessler et al.: *Transnationalization of Public Spheres*, Basingstoke 2008.

rungen einer Vermittlung europäischer Politik eingestellt.<sup>6</sup> Der europäische Integrationsprozess erfreut sich demnach wechselhafter Aufmerksamkeiten in den Medien. Tagespolitische Entscheidungen zum EU-Politikgeschehen können in englischsprachigen Wirtschafts- und Finanzblättern wie der *Financial Times* oder auf spezialisierten, transnationalen Online-Nachrichtenforen wie Euractiv, Politico oder EUObserver nachverfolgt werden.<sup>7</sup> Innerhalb nationaler Öffentlichkeiten haben insbesondere die Qualitätspresse und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Kapazitäten zur Vermittlung europäischer Politik ausgebaut, beispielsweise mit der Entsendung von EU-KorrespondentInnen nach Brüssel. Bei der Themenauswahl orientieren diese sich allerdings meist an nationalen Nachrichtenagenden und können nur selten grenzüberschreitende Debatten zu europapolitischen Themen anregen.<sup>8</sup> Themen von gesamteuropäischer Relevanz, wie etwa Verfassungsfragen der EU,<sup>9</sup> die Rolle der EU in der Krise,<sup>10</sup> oder zuletzt der Brexit<sup>11</sup> werden aber durchaus differenziert in den nationalen Nachrichtenmedien diskutiert und es erfolgt ein transnationaler Meinungsaustausch. Auch die EP-Wahlen werden keinesfalls von den Nachrichtenmedien als „Second-Order Elections“ abgehandelt. In den letzten Wahlen 2019 haben europapolitische Themen sogar eine Aufwertung erfahren, obwohl die SpitzenkandidatInnen der ihr zugedachten Rolle eines Aufmerksamkeitsmagneten kaum gerecht wurden.<sup>12</sup> Europäische Politik ist deshalb nicht einfach ein Randthema in den Medien, sondern wird von den nationalen Nachrichtenmedien professionell abgehandelt. Diese erhöhte Resonanz wird bei der Frage nach der Legitimität der europäischen Herrschaftsordnung zunehmend in Rechnung gestellt und leitet Prozesse der Solidarisierung zwischen den EuropäerInnen ein.

### Die Öffentlichkeits- und Kommunikationspolitik der EU

Neben der Institutionalisierung eines europäischen Journalismus hat sich auch die öffentliche Kommunikation europäischer Institutionen professionalisiert und auf die gestiegene Nachfrage für europapolitische Nachrichten ausgerichtet.<sup>13</sup> Über Webangebote soll Transparenz für europäische Entscheidungsprozesse geschaffen und politische Teilnahme ermöglicht werden. Soziale Medien können genutzt werden, um Europapolitik populärer zu machen und jüngere Zielgruppen anzusprechen. So ist es etwa dem EP über Facebook

---

6 John Erik Fossum/Philip Schlesinger: *The European Union and the Public Sphere. A Communicative Space in the Making?*, London 2007; Hans-Jörg Trenz: *Understanding Media Impact on European Integration: Enhancing or Restricting the Scope of Legitimacy of the EU?*, in: *Journal of European Integration* 2/2008, S. 291–309.

7 Jan Georg Plavec: *Babylon oder Blase? Die Brüsseler EU-Kommunikationskultur: Einstellungen von Politikern und Journalisten im Vergleich*, Baden-Baden 2020.

8 Michael Brüggemann/Katharina Kleinen-von Königslöw: *Let's Talk about Europe: Why Europeanization Shows a Different Face in Different Newspapers*, in: *European Journal of Communication* 1/2009, S. 27–48.

9 Paul Statham/Hans-Jörg Trenz: *The Politicization of Europe. Contesting the Constitution in the Mass Media*, Routledge 2013.

10 Asimina Michailidou/Hans-Jörg Trenz: *The European Crisis and the Media: Media Autonomy, Public Perceptions and New Forms of Political Engagement*, in: Hans-Jörg Trenz et al. (Hrsg.): *Europe in Crisis: The Unmaking of Political Union?*, Basingstoke 2015, S. 232–250.

11 Patrick Bijsmans et al.: *Brexit in transnational perspective: an analysis of newspapers in France, Germany and the Netherlands*, in: *Comparative European Politics* 5/2017, S. 825–842.

12 Charlotte Galpin/Hans-Jörg Trenz: *In the Shadow of Brexit: The 2019 European Parliament Elections as First-Order Polity Elections?*, in: *The Political Quarterly*, 4/2019, S. 664–671.

13 Asmina Michailidou et al.: *The Internet and European Integration: Pro- and Anti- EU debates in Online News Media*, Berlin/Toronto 2014.

geglückt, eine Online-Community von 2,6 Mio. Followern aufzubauen, die täglich mit Nachrichten zum Brüsseler Geschehen erreicht werden können.<sup>14</sup> Auch die Twitter-Kommunikation wird von politisch interessierten NutzerInnen gezielt genutzt, um mit politischen EntscheidungsträgerInnen in Austausch zu treten oder sich an politischen Debatten zu beteiligen.<sup>15</sup> Soziale Medien erlauben es europäischen Institutionen zunehmend ein unmittelbares Austauschverhältnis mit den EU-BürgerInnen aufzubauen, um die Defizite massenmedialer Vermittlung Europas zumindest ein Stück weit auszugleichen.

### **Neue Herausforderungen für einen europäischen Journalismus**

Auch wenn europapolitische Inhalte effizient über soziale Medien kommuniziert werden können, bleibt eine distanzierte und kritische Medienberichterstattung zur EU dennoch unentbehrlich, um aus der Vielzahl von Themen eine für die BürgerInnen relevante Auswahl treffen zu können. Professionelle JournalistInnen übersetzen den Fachjargon der EU in eine allgemein verständliche Sprache und bedienen sich dabei spezifischer Interpretations- und Bewertungsmuster (sogenannte Frames), die Aufmerksamkeiten des Publikums bündeln können. Diese Selektions- und Übersetzungsleistungen eines unabhängigen Journalismus sind allerdings an bestimmte Kapazitäten gebunden, die sich nicht nur in der Professionalisierung von EU-KorrespondentInnen messen lassen, sondern auch an das generelle Angebot und die Nachfrage der Inhalte von Nachrichtenmedien gebunden sind. In vielen Ländern trocknen die Mittel für Qualitätsjournalismus zunehmend aus, während die Leserschaften auf Online-Gratisangebote zurückgreifen. Die Covid-19-Krise hat diesen Trend noch beschleunigt, obwohl die Nachfrage nach Qualitätsnachrichten während der Pandemie sogar gestiegen ist.<sup>16</sup>

Zugleich lassen sich in einzelnen Mitgliedstaaten Tendenzen einer Unterminierung der Glaubwürdigkeit von Nachrichtenmedien in der politischen Auseinandersetzung beobachten. Die EU sieht sich dabei mit gezielten Falschinformationen konfrontiert, die alternative Medien oder sogenannte Tabloid-Formate verbreitet werden, um Misstrauen gegenüber der EU zu streuen. In den Brexit-Kampagnen haben sich EU-GegnerInnen beispielsweise Facebook-Gruppen bedient, um Fake News zur EU massenwirksam zu platzieren und Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen.<sup>17</sup>

Die Krise der Qualitätspresse birgt zudem die Gefahr, die Tendenzen einer Konzentration von Medienmacht in der EU zu beschleunigen, wie sie vor allem in kleineren Märkten zu beobachten ist. Globale Online-Plattformen können verzerrende Auswirkungen auf nationale Medienbranchen haben, da sie Inhalte dominieren und Werbeeinnahmen an sich reißen. Aus Sicht der EU stellt eine solche Marktdominanz eine Herausforderung dar, da sie ihren Verpflichtungen zum Meinungspluralismus und der Garantie sprachlicher und kultureller Vielfalt zuwiderläuft und damit ihre Grundwerte in Frage stellt.

---

14 Ancuța Tarta: A Framework for Evaluating European Social Media Publics: The Case of the European Parliament's Facebook Page, in: Mauro Barisione/Asimina Michailidou (Hrsg.): *Social Media and European Politics. Rethinking Power and Legitimacy in the Digital Era*, London 2017, S. 143–165.

15 Max Hänska/Stefan Bauchowitz: Can social media facilitate a European public sphere? Transnational communication and the Europeanization of Twitter during the Eurozone crisis, in: *Social Media + Society* 3/2019.

16 Hans-Jörg Trenz et al.: Resilience of Public Spheres in a Global Health Crisis, in: *Javnost – The Public*, 2021, S. 1–18; Hans-Jörg Trenz: Media coverage on European governance: Exploring the European public sphere in national quality newspapers, in: *European Journal of Communication*, 3/2004, S. 291–319.

17 Verena Brändle et al.: Brexit as 'Politics of Division': Social Media Campaigning in the Aftermath of the Referendum, in: *Social Movement Studies*, 2021.

## Die EU als Schutzschild einer freien und pluralen Presse

Die Herausforderungen, denen sich der Qualitätsjournalismus stellen muss, sind globaler Natur und können kaum auf mitgliedstaatlicher Ebene gelöst werden. Damit wächst der EU eine neue Aufgabe in der Gestaltung und Regulierung globaler Medienmärkte zu. Obwohl die EU hier Konflikte mit der Kulturhoheit der Mitgliedstaaten riskiert, sind sowohl das EP als auch die Kommission mit wichtigen Initiativen zur Stärkung der freien Presse und Gestaltung der digitalen Nachrichtenvermittlung hervorgetreten.<sup>18</sup> Im „Digital Services Act“ werden Verpflichtungen digitaler Dienstleistungsanbieter für Transparenz, Meinungsvielfalt und Qualitätssicherung von Inhalten festgelegt. Damit sollen Grundrechte der NutzerInnen geschützt und Diskriminierung verhindert werden. Neben rechtlich bindenden Vorschriften für ein Mindestmaß der Moderation von Inhalten, sollen auch Maßstäbe für die Selbstregulierung im Umgang mit Falschinformationen gesetzt werden.<sup>19</sup> Als medienpolitische Antwort auf die Covid-19-Krise wird von der Kommission ein umfassendes Recht europäischer BürgerInnen auf Informationssicherheit formuliert, das nicht nur Datensicherheit und den Schutz der Privatsphäre umfasst, sondern durch die Privilegierung der Qualitätspresse den Zugang zu faktengeprüften und lebensrettenden Informationen sichern und vor den Auswirkungen einer „Infodemic“ schützen soll.<sup>20</sup> In diesem Zusammenhang steht auch die „News Initiative“ für die Verbesserung der Ausbildung und der Arbeitsbedingungen von JournalistInnen.<sup>21</sup> Medienpolitik wird damit auch zu einem bildungspolitischen Auftrag und in Maßnahmen zur Förderung der Medienkompetenzen europäischer BürgerInnen umgesetzt.

Die medienpolitischen Initiativen der Kommission sind von der deutschen Ratspräsidentschaft positiv aufgenommen worden, die sich 2020 für eine pluralistische Medienlandschaft in Europa eingesetzt und eine Konferenz zum Thema Medien in der digitalen Gesellschaft einberufen hat.<sup>22</sup> Auch die Konferenz zur Zukunft Europas wird von medienpolitischen Initiativen begleitet. Richtungsweisend sind dabei die Einbeziehung regionaler Medien und die Schaffung lokaler und regionaler Kommunikationsforen zur Vermittlung europäischer Politikinhalte und Teilnahme der BürgerInnen an den Debatten. Die Zukunft einer gesamteuropäischen medienpolitischen Gestaltung liegt damit in der Bestandssicherung der freien und unabhängigen Presse, etwa in der Form eines europäischen Nachrichtenmedienforums sowie in der Förderung neuer digitaler Foren für einen gezielten Austausch über die Inhalte europäischer Politik.

## Weiterführende Literatur

Ann Christine Knodel: Medien und Europa: Regelungspraxis, Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten der Europäischen Union im Bereich der Medien, Baden-Baden 2018.

Asimina Michailidou et al.: The Internet and European Integration. Pro- and Anti- EU Debates in Online News Media, Leverkusen 2021.

---

18 Asimina Michailidou et al.: Journalism, Truth and the Restoration of Trust in Democracy, The EU's Anti-fake News Strategy from a Public Sphere Perspective, in: ARENA Working Paper 7/2021.

19 Europäische Kommission: Vorschlag für eine Verordnung über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste), 15.12.2020, COM(2020) 825 final.

20 Europäische Kommission: Gemeinsame Mitteilung, Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit COVID-19 – Fakten statt Fiktion, 10.6.2020, JOIN(2020) 8 final.

21 Europäische Kommission: Mitteilung, Europas Medien in der digitalen Dekade: Ein Aktionsplan zur Unterstützung der Erholung und des Wandels, 3.12.2020, COM(2020) 784 final.

22 EU 2020 Medienkonferenz: Pluralism and Responsibility. Media in the Digital Society, abrufbar unter: <https://eu2020-medienkonferenz.de/en/welcome/> (letzter Zugriff: 27.8.2021).